



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

53 Gesundheitsamt

Beteiligt:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Betreff:

Ärztliche Sprechstunde in der Obdachloseneinrichtung Tuchmacherstraße

Beratungsfolge:

17.01.2006 Sozialausschuss

Beschlussfassung:

Sozialausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.



Wohnungslose Menschen sind aufgrund ihrer Lebensumstände in besonderer Weise gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Ihre Lebensumstände, ein fehlendes Krankheitsbewusstsein wie auch hohe persönliche Zugangsbarrieren verhindern oft die medizinische Versorgung im Regelsystem.

Das Gesundheitsamt bietet seit August 2005 einmal wöchentlich eine ärztliche Sprechstunde in der Obdachloseneinrichtung Tuchmacherstraße an.

Dieses Angebot wird bisher gut angenommen.

Neben dieser Erstversorgung ist das Ziel die Vermittlung in die medizinische Regelversorgung (Reintegration).

Für diese medizinische Versorgung wird das Personal vom Gesundheitsamt gestellt, die weitere Versorgung mit Medikamenten und Verbandsstoffen erfolgt über Spenden.

BEGRÜNDUNG	Drucksachennummer: 1107/2005
Teil 3 Seite 1	Datum: 13.12.2005

Wohnungslose Menschen sind aufgrund ihrer Lebenssituation in besonderer Weise gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Auf der einen Seite stehen die besonders hohen gesundheitlichen Belastungen als Folge ihrer Lebensumstände, andererseits führen ein fehlendes Krankheitsbewusstsein und die persönlichen Barrieren zum Regelsystem dazu, dass notwendige medizinische Hilfen nicht in Anspruch genommen werden.

Nach dem Wunsch des Sozialausschusses soll eine Versorgung der Bewohner der Obdachloseneinrichtung Tuchmacherstraße im Rahmen einer ärztlichen Sprechstunde des Gesundheitsamtes vor Ort erfolgen. Diese Sprechstunde findet seit dem 24.08.2005 einmal wöchentlich statt.

Zielgruppe

Das Angebot richtet sich an die Bewohner des Männerasyls Tuchmacherstraße, die behandlungsbedürftig sind und anderweitig medizinisch nicht versorgt werden. Sie nehmen die Regelversorgung nicht in Anspruch.

Organisation der Sprechstunde

Jeden Mittwoch findet von 11:00 bis 12:00 Uhr in Räumen dieser Obdachloseneinrichtung eine ärztliche Sprechstunde statt. Zwei Ärztinnen des Gesundheitsamtes nehmen die Sprechstunde im Wechsel wahr. Eine Ärztin ist Fachärztin für Innere Medizin und Leitende Notärztin, die andere Ärztin hat jahrelange Erfahrung im Bereich der Inneren Medizin, der Anästhesie und der Notfallmedizin. Die beiden Ärztinnen werden durch eine medizinisch-technische Assistentin des Gesundheitsamtes unterstützt.

Ausstattung der Sprechstunde

Der Raum ist mit dem Basisbedarf (Untersuchungsliege, Schreibtisch, Schränke - teilweise abschließbar -, PC) ausgestattet. Medizinische Instrumentarien wie Stethoskop, Blutdruckmessgerät, Reflexhammer, Flächen- und Händedesinfektionsmittel, Schutzhandschuhe u. ä. wurden vom Gesundheitsamt gestellt. Ein Blutzuckermessgerät wurde gespendet.

Eine Basisausstattung an Verbandsstoffen und Barmitteln in Höhe von € 500,00 wurden bisher gespendet, weitere € 1.000,00 wurden als Spende für diesen Zweck in Aussicht gestellt. Von einem Teilbetrag des Spendenbetrages wurden Medikamente beschafft. Weitere Medikamente für die Zukunft sollen ebenfalls durch Spenden finanziert werden.

Inanspruchnahme

Die ärztliche Sprechstunde wird von den Bewohnern der Obdachloseneinrichtung gut angenommen. Im Durchschnitt suchen jede Woche drei bis vier Bewohner den Arztkontakt. Diagnosen können aus Gründen der ärztlichen Schweigepflicht nicht genannt werden. Es erfolgt jedoch eine ausführliche Dokumentation, sodass nach Ablauf eines Jahres eine anonymisierte statistische Auswertung erfolgen kann. Neben der gezielten Therapie gelang es, einige Bewohner zu präventiven Maßnahmen wie der Grippeschutzimpfung zu motivieren. Diese wurde vor Ort durchgeführt.

Ziel

Das Gesundheitsamt leistet durch diese medizinische Sprechstunde die Erst- und Basisversorgung für einen schwierigen Personenkreis. Neben dieser vordringlichen Aufgabe wird versucht, die behandlungsbedürftigen obdachlosen Menschen in die medizinische Regelversorgung zu vermitteln (Reintegration).

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 1

Drucksachennummer:

1107/2005

Datum:

13.12.2005

Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.

Hinweis: Diese und alle weiteren Zeilen in diesem Fall bitte löschen!

1. Rechtscharakter

- Auftragsangelegenheit
- Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
- Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
- Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
- Vertragliche Bindung
- Fiskalische Bindung
- Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
- Dienstvereinbarung mit dem GPR
- Ohne Bindung

Erläuterungen:

Der personelle Aufwand wird derzeit - auch wenn es zu weiterer Arbeitsverdichtung führt - von Ärzten und einer medizinisch-technischen Assistentin des Gesundheitsamtes erbracht.

Sachmittel wurden bisher gespendet, weitere regelmäßige Spenden sind für Medikamente und Verbandsmaterial erforderlich.

2. Allgemeine Angaben

- Bereits laufende Maßnahme
 - des Verwaltungshaushaltes
 - des Vermögenshaushaltes
 - eines Wirtschaftsplans
- Neue Maßnahme
 - des Verwaltungshaushaltes
 - des Vermögenshaushaltes
 - eines Wirtschaftsplans
- Ausgaben
 - Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren
 - Es entstehen Ausgaben
 - einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr _____
 - jährlich wiederkehrende Ausgaben
 - periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren _____

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Drucksachennummer:

1107/2005

Teil 4 Seite 2

Datum:

13.12.2005

3. Mittelbedarf

<input type="checkbox"/>	Einnahmen	_____	EUR
<input type="checkbox"/>	Sachkosten	_____	EUR
<input type="checkbox"/>	Personalkosten	_____	EUR

Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verteilen sich auf folgende Haushaltsstellen:

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Drucksachennummer:

1107/2005

Teil 4 Seite 3

Datum:

13.12.2005

4. Finanzierung

Verwaltungshaushalt

Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

1

Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

1

Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

Wird durch 20 ausgefüllt

1

Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

1

Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

1

Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten

Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4

**FINANZIELLE
AUSWIRKUNGEN**

Teil 4 Seite 4

Drucksachennummer:

1107/2005

Datum:

13.12.2005

Vermögenshaushalt

Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

Kreditaufnahme

Wird durch 20 ausgefüllt

- Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden
- Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Drucksachennummer:

1107/2005

Teil 4 Seite 5

Datum:

13.12.2005

Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt

- Es entstehen keine Folgekosten

Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre _____

Sachkosten einmalig in Höhe von EUR _____
 Jährlich in Höhe von EUR _____
 bis zum Jahre _____

Personalkosten einmalig in Höhe von EUR _____
 Jährlich in Höhe von EUR _____
 bis zum Jahre _____

- Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR _____

Folgekosten sind nicht eingeplant

Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

**FINANZIELLE
AUSWIRKUNGEN**

Teil 4 Seite 6

Drucksachennummer:

1107/2005

Datum:

13.12.2005

5. Personelle Auswirkungen

Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl	BVL-Gruppe	unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *

5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	
--------------------------	--

**FINANZIELLE
AUSWIRKUNGEN**

Teil 4 Seite 7

Drucksachennummer:

1107/2005

Datum:

13.12.2005

Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:

5.9 Stellenfortfälle

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.10 Abwertungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.11 kw-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.12 ku-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.9 bis 5.13

* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen.

**VERFÜGUNG /
UNTERSCHRIFTEN**

Teil 5 Seite 1

Drucksachennummer:

1107/2005

Datum:

13.12.2005

Veröffentlichung:

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

53 Gesundheitsamt

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
